

atomstopp

atomkraftfrei leben!

4. Quartal 2007, 32. Jahrgang, Nr. 200



Temelin-Kommission:

Verzichtet Österreich auf vereinbarte Nachrüstungen?

„Geh, seid`s doch nicht so grauslich!“



Ist es Ihnen schon passiert, dass Sie glaubten, im falschen Film zu sitzen? Die jüngsten Entwicklungen (oder besser geschrieben: Diskussionen, denn „Entwicklung“ würde einen Fortschritt - egal welcher Art - voraussetzen) rund um das AKW Temelin, die nach wie vor offenen Sicherheitsdefizite legen den Schluss nahe, dass es manchen Interessensgruppen in diesem Land nur Recht wäre, wenn man das Kapitel „Widerstand gegen das AKW Temelin“ schließen würde und damit anfängt, mit der Bedrohung durch das AKW Temelin zu leben. Seltsamerweise sind es aber nicht solche Leute, die sich jahrelang gegen das AKW Temelin engagiert haben, nicht Leute, von denen man annehmen könnte, sie wären ermüdet, ermattet und am Ende ihrer Widerstandskraft, Leute, die aufgeben wollten, die keinen Sinn und keine Möglichkeiten mehr im Kampf gegen das AKW Temelin sehen würden.

Nein: Es sind Menschen, die nie (!) ernsthaft in Erscheinung getreten sind, wenn es um das AKW Temelin und die Sicherheitsdefizite gegangen ist, Menschen, die aus einem Sammelsurium von Argumenten, passende Gründe hervorzaubern, warum der Widerstand gegen das AKW Temelin nun aber endlich einzustellen sei – Stichwort: Belastung des nachbarschaftlichen Verhältnisses zur Republik Tschechien. Im Hintergrund werden wohl wirtschaftliche Überlegungen mitschwingen.

Manche schrecken nicht davor zurück, der Anti-Atom-Bewegung im Zusammenhang mit den Temelin-Grenzblockaden „zweckfremde Verwendung von Subventionsmitteln des Landes OÖ und der Stadt Linz“ zu unterstellen, sie ins rechtsnationale Eck zu rücken. Gegen manche Unterstellungen kann man sich wehren (gegen die zweckfremde Verwendung der Subventionsmittel wurden gerichtliche Schritte eingeleitet), gegen manche andere Vorwürfe nicht.

Helmut Hirsch (wissenschaftlicher Konsultent und tätig auch für die österreichische Bundesregierung) beendete seine zusammenfassende Stellungnahme für das Land Oberösterreich (2001): „Atomkraftwerk Temelin – Sicherheitsdefizite“ folgendermaßen: „Insbesondere das Land Oberösterreich kann von schweren Unfällen in Temelin stark berührt werden. Abhängig von der Wetterlage können beispielsweise im Raum Linz Bodenkontaminationen im Bereich von 1.500.000 bis 5.000.000 Becquerel Caesium-137 pro Quadratmeter auftreten. Die Bevölkerung von Gebieten mit einer Belastung über 1.500.000 Becquerel/m² wurde in Weißrussland 1986 nach dem Unfall von Tschernobyl umgesiedelt.“

Bei allem Verständnis für wirtschaftliche Interessen: Würde das AKW Temelin nicht deutlich hinter dem modernen Standard der Europäischen Union zurückbleiben, gäbe es den Aufstand in Oberösterreich nicht und auch nicht den Wunsch der Bevölkerung, gegen die Bedrohung durch das AKW Temelin offensiv vorzugehen.

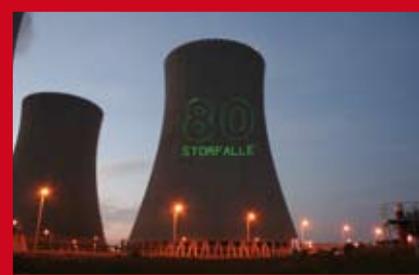
Leider sind die Positionen in der Causa Temelin festgefahren – seit Jahren, bald Jahrzehnten. Keine erbauliche Aussicht - für niemanden. Aber: den Widerstand deswegen aufzugeben, ist keine Option.

Roland Egger - Obmann



Wullowitz

25. September 2006



Temelin

6. Oktober 2005



Linz

19. September 2006



Wullowitz

8. Oktober 2006



Temelin

16. Mai 2007

15 oberösterreichische Bürgermeister appellierten am 13. Juli an die Bundesregierung, von Tschechien die lückenlose Umsetzung des Melker Abkommens einzufordern.

Temelin-Proteste werden von Gemeindevertretern unterstützt!

Beim Treffen der Bürgermeister mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Umweltminister Josef Pröll im Bundeskanzleramt in Wien wurde betont, dass das Melker Abkommen auf Punkt und Beistrich einzuhalten sei. Eine entsprechend lautende Resolution, in der die Bürgermeister den Anti-Atom-Organisationen auch die Unterstützung ihrer legalen Proteste an den Grenzen zusichern, wurde dem Bundeskanzler und dem Umweltminister übergeben.

Die Positionen Österreichs und Tschechiens hinsichtlich des Melker Abkommens seien klar auf dem Tisch, so die Bürgermeister: Tschechien behauptet, alle Verpflichtungen aus dem Melker Abkommen zu erfüllen und immer erfüllt zu haben. Der Endbericht der internationalen Expertenkommission vom Juni 2005 kommt hingegen zu einem völlig anderen Ergebnis: Das Melker Abkommen wird nicht erfüllt.

Für die Mühlviertler Bürgermeister



Bürgermeister übergeben Temelin-Resolution an Bundeskanzler und Umweltminister

ist die Anerkennung einer unabhängigen Schiedsstelle seitens der Tschechischen Republik ein möglicher Ausweg aus dem jahrelangen Streit um die Sicherheit in Temelin.

Schiedsstelle oder Völkerrechtsklage!

Sollte die Tschechische Republik einer unabhängigen Schiedsstelle allerdings nicht zustimmen, sei eine Völkerrechtsklage einzubringen, so die Bürgermeister in der Resolution an Bundeskanzler Gusenbauer und Umweltminister Pröll weiter.

Beide Politiker zeigten viel Verständnis für die Anliegen der Grenzbevölkerung und betonten, dass sie große Hoffnungen in die interparlamentarische Kommission setzen, die im September zu ihrem zweiten Treffen zusammentreten wird.

Der Delegationsleiter der Mühlviertler Bürgermeister, Landtagsabgeordneter Arnold Weixelbaumer, betonte im Anschluss an das Treffen, dass man hoffe, mit der Resolution einen wichtigen Impuls zur lückenlosen Umsetzung des Melker Abkommens gesetzt zu haben.



Delegationsleiter LA Arnold Weixelbaumer (Mitte)



NR Norbert Kapeller in Wien am 13. Juli

Melker Abkommen nicht erfüllt!

4. Juni 2007: Wien teilt Prag in einer Diplomatischen Note mit: Österreich ist der Auffassung, dass die Sicherheitsziele und –maßnahmen bis jetzt nicht erreicht bzw. gesetzt wurden. Österreich sei daher der Auffassung, dass die Tschechische Republik ihre Verpflichtungen aus dem Melker Abkommen nicht erfüllt hat (Diplomatische Note von Bundeskanzler Gusenbauer und Umweltminister Pröll an Prag).

Melker Abkommen erfüllt!

19. Juni 2007: Prag teilt Wien in einem Antwortschreiben mit: „Wir sind uns bewusst, dass die österreichische Seite wiederholt einige Sicherheitsziele und –maßnahmen, die das Melker Abkommen betreffen, als nicht erreicht bzw. offen bezeichnete. ... Die tschechische Seite präsentierte wiederholt ihre Stellungnahme, laut der die Ziele des Melker Abkommens erfüllt wurden.“ (Antwort des tschechischen Premierministers Mirek Topolánek und des tschechischen Außenministers Karel Schwarzenberg an Bundeskanzler Alfred Gusenbauer – veröffentlicht über die tschechische Nachrichtenagentur CTK).

Zur Erinnerung:

Der erste Expertenworkshop zu den höchst sicherheitsrelevanten Fragen hochenergetische Leitungen auf der 28,8m-Bühne und Qualifikation der Sicherheitsventile fand im November 2002 statt. Die Zwischenberichte dazu wurden im Mai 2003 veröffentlicht. Ergebnis: Sicherheitsdefizite nicht gelöst! Die Endberichte dazu wurden im Juni 2005 fertiggestellt und im Oktober 2005 veröffentlicht: Ergebnis: Sicherheitsdefizite nicht gelöst!

Dennoch wurde im Oktober 2004 die atomrechtliche Genehmigung für Block I in Temelin erteilt. Ein Rechtsgutachten des Landes OÖ stellte klar: DIESE Genehmigung ist



Temelin ist sicher... sagen die tschechischen Experten

die für das Melker Abkommen entscheidende Genehmigung. Und mit dieser Genehmigung geht das AKW Temelin in den kommerziellen Betrieb. Die mit Österreich vereinbarte Umsetzung der Sicherheitsziele wurden zum Oktober 2004 erreicht. Interessanterweise verwahrte sich jedoch der Umweltminister dagegen, von einem Bruch des Melker Abkommens zu sprechen. Denn nach seiner Interpretation wäre erst die baurechtliche Genehmigung für die Beurteilung der Umsetzung des Melker Abkommens entscheidend. Seltsam: bei der atomrechtlichen Genehmigung gibt das tschechische Staatsamt für Kernsicherheit (SUJB) das OK, bei der baurechtlichen Genehmigung das Bauamt in Budweis und die Wasserbehörde in Tyn nad Vlatou.

Hoffte man in Wien, das selbstgewählte Nicht-Agieren endlos fortsetzen zu können? Denn mit der Kollaudierung im November 2006 musste sich auch Umweltminister Pröll bekennen. Die letzte Ausrede, warum man nichts gegen den Bruch des Melker Abkommens tut, fiel damit weg. Der einstimmig gefasste National-

ratsbeschluss (siehe Seite 8) war die Folge.

Diplomatische Note als Sensation!

Manche haben es als kleine Sensation bezeichnet, dass nach mühsamen Jahren der erfolglosen Appelle plötzlich doch so etwas wie Bewegung sichtbar wurde und auf höchster politischer Ebene „Briefe“ ausgetauscht wurden, in denen man sich dessen jeweiligen Standpunkt versicherte. Mehr ist es ja (noch) nicht. Es ist jedenfalls ein Glücksfall, dass die Tschechen mit der Kollaudierung des AKW Temelin genau einen Schritt zu selbstsicher waren und meinten die österreichische Bundespolitik werde schon in ihrer laschen und überdiplomatischen Haltung verweilen und auch diesen Affront schlucken!

Man hätte sich damit allerdings schwergetan: Die Grenzblockaden seit Mitte Feber 2007 bis zur Ankündigung der Totalblockade für Ende Juni tat das ihrige, um das Sicherheitsrisiko zu medialisieren. **Temelin ist wieder Thema - oder leider immer noch.**

Erste Sitzung der Interparlamentarischen Kommission in Prag am 11. Juli

Prager Ernüchterung

Wer geglaubt hat, dass bei der ersten Interparlamentarischen Kommission – zusammengesetzt aus tschechischen Abgeordneten und Senatoren, sowie österreichischen National- und Bundesräten – Bewegung in die verfahrenere Situation um die unverrückbaren österreichisch-tschechischen Standpunkte zu den offenen Sicherheitsfragen im AKW Temelin kommen würde, wurde bitter enttäuscht.

Wer ohnedies am 11. Juli nur nach Prag reiste, um „sich kennenzulernen, den Standpunkt der tschechischen Abgeordneten und Senatoren aus erster Hand zu hören, einen netten Abend in der österreichischen Botschaft zu verbringen“, ja – für den war die erste Sitzung der Interparlamentarischen Kommission sicher ein nettes Erlebnis.

Bundeskanzler Gusenbauer und sein tschechischer Amtskollege Mirek Topolánek hatten im Februar 2007 die Einsetzung dieser Interparlamentarischen Kommission beschlossen, um eine sachliche Debatte rund um Temelin zu ermöglichen.

Aber: Die Temelin-Kommission wird das Sicherheitsrisiko Temelin nicht entschärfen können: Dazu fehlt der Kommission jegliche Kompetenz.

Man wird reden, diskutieren, die Standpunkte austauschen, mehr nicht. Vielleicht noch um gegenseitiges Verständnis werben: Die Ös-



NR Walter Schopf in Prag am 11. Juli

terreicher betonen, dass aus ihrer Sicht das AKW Temelin eine Bedrohung darstellt, die Tschechen betonen, dass aus ihrer Sicht das AKW Temelin auch für die eigene tschechische Bevölkerung keine Bedrohung darstellt.

Sehr verhalten deshalb auch die Reaktionen der österreichischen Teilnehmer am Treffen in Prag: „Freundlich, aber in der Sache hart!“

Melker Abkommen ist nur ein Protokoll ...

Und teilweise geschockt zeigten sich die Teilnehmer: Der Vorsitzende der tschechischen Abordnung Jan Kasal hat bereits angekündigt: man wolle auch generell über die Natur des Melker Abkommens sprechen.

Also, ob sich daraus für die Tschechische Republik irgendwelche Verpflichtungen ergeben würden, oder doch wohl eher nicht. Nicht mehr als „ein Protokoll, so etwas wie eine

Aufzeichnung der Verhandlungen“ (so der tschechische Botschafter in Österreich Jan Koukal im Dezember 2006), und damit auch in keiner Weise – weder beim Internationalen Gerichtshof noch sonst wo einklagbar seien.

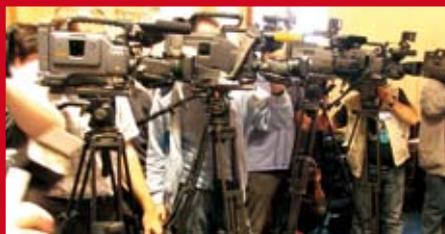
Ausblick auf zweite Sitzung in Wien

Und im September geht es zur zweiten Sitzung und da sollte die Frage eben jener Verbindlichkeit des Melker Abkommens diskutiert werden.

Aber warum eigentlich?

Für uns darf die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Melker Abkommens nicht in Frage gestellt werden. Mit einem Offenen Brief haben wir uns daher an die tschechischen Honorarkonsulin in Österreich gewandt und sie gebeten, ihre Möglichkeiten zu nutzen, dass die Tschechische Republik sich an die Vereinbarungen, die 2001 mit der Republik Österreich getroffen worden sind, hält. Mit einer Aktion wurde dem Nachdruck verliehen (siehe Seite 6).

Die technischen Lösungen der Sicherheitsdefizite stehen ebenso auf der Tagesordnung. Bislang gibt es nur eine neunseitige tschechische Stellungnahme auf die mehr als 1.200 Seiten Expertenbericht. Dieser Expertenbericht datiert vom Juni 2005. Mitgearbeitet haben Internationale Experten aus Österreich, Italien, Deutschland, Slowenien, Bulgarien, Finnland, Russland, Frankreich, Großbritannien.



Enormes Medieninteresse bei der Pressekonferenz (mittleres Bild) der Delegationsleiter Albrecht Konecny (Mitte) und Jan Kasal (rechts)

Völkerrechtliche Verbindlichkeit ist Grundlage!

Zweite Sitzung in Wien am 17./18. September

Um auf die Bedeutung der völkerrechtlichen Verbindlichkeit des Melker Abkommens hinzuweisen, wurden am 16. September zeitgleich Mahn-Aktionen vor der tschechischen Botschaft in Wien und vor den Honorarkonsulaten der Tschechischen Republik in Innsbruck, Salzburg, Linz und Graz abgehalten.

Hintergrund der Aktion: Die ständigen Äußerungen von tschechischen Politikern, dass das Melker Abkommen überhaupt nicht völkerrechtlich bindend sein und die Aussage des damaligen tschechischen Premierministers Milos Zeman in seinen im Jahr 2005 erschienenen Memoiren zum Melker Abkommen: „Ehrlich gesagt, war es eine Vereinbarung, die unseren absoluten Sieg bedeutete, und gerade deswegen war es notwendig, den Gegner nicht zu erniedrigen, sondern ihm einen roten Teppich zum Rückzug hinzulegen.“

Roter Teppich für die ÖsterreicherInnen

... zum Rückzug aus den Verhandlungen mit der Tschechischen Republik. So also die historische Einschätzung.

Und genau dieser rote Teppich wird auch 2007 von den österreichischen Parlamentarierinnen für den Rückzug aus den Verhandlungen mit der Tschechischen Republik genutzt werden: Der österreichische SPÖ-Delegationsleiter der interparlamentarischen Temelin-Kommission wurde vor der zweiten Sitzung der Temelin-Kommission in Wien mit den Worten in einer Tageszeitung zitiert: „Zusperrern ist mehr, als wir uns erträumen, darüber diskutieren wir gar nicht mehr. Wenn etwas herauskommt, dann eine permanente Einbindung Österreichs in Sicherheitsfragen.“

Bisher inakzeptables Verhandlungsergebnis

Die lückenlose Umsetzung aller mit Österreich paktierten Sicherheitsfragen muss oberstes Ziel der Temelin-Kommission sein! Wer sich erwartet hat, dass Österreich mit Nachdruck auf die Vereinbarungen des Melker Abkommens bestehen wird, sieht sich nach der zweiten Sitzung der interparlamentarischen Kommission enttäuscht! Bei den höchst sicherheitsrelevanten Punkten („Hochenergetische Leitungen auf der 28.8m - Bühne, der Qualifikation der Sicherheitsventile und der Versprödung des Reaktordruckgefäßes) gab es konträre Meinungen.

Die österreichische Delegationsleitung ist drauf und dran, wie schon 2001 den roten Teppich für den Rückzug aus den Verhandlungen mit der Tschechischen Republik zu nehmen und auf die lückenlose Um-

setzung, auf die Umsetzung nach Punkt und Beistrich des Melker Abkommens zu verzichten! Dabei war es die SPÖ selbst mit Petra Bayr, nunmehr Temelin-Kommissionsmitglied, die via Presseaussendung gemeint hat: „Die Einsetzung einer gemeinsamen parlamentarischen Kommission ist ein wichtiger Beitrag, dass das Melker Protokoll auf Punkt und Beistrich umgesetzt wird.“ (OTS am 28. Feber 2007), genau so argumentierte Karl-Heinz Kopf (ÖVP).

Völliges Unverständnis

Warum es der Temelin-Kommission auch beim zweiten Treffen nicht gelungen ist, die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Melker Abkommens ausser Streit zu stellen, ist sehr blamabel.



Linz



Innsbruck



Graz



Salzburg



Wien - Tschechische Botschaft

Unabhängige Schiedsstelle.

Völkerrechtliche Verbindlichkeit als Grundbedingung für weitere Verhandlungen

Es wäre so leicht, den Konflikt um Temelin zu beenden: Tschechien stellt die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Melker Abkommens außer Streit. Tschechien sichert zu, alle mit Österreich paktierten Sicherheitsmängel zu beseitigen. Und erkennt den Internationalen Gerichtshof als Schiedsstelle an.

Die Aufregung rund um Temelin und die Proteste in Österreich – einschließlich der legalen Grenzblockaden - quitierte die Tschechische Republik umgehend und einigermaßen kühn: 1. Das Melker Abkommen sei überhaupt nicht völkerrechtlich bindend (nachzulesen auf der Internetseite der Tschechischen Regierung: www.vlada.cz), wiederholt auch ausgesprochen von tschechischen Politikern, zuletzt angedeutet, dass man darüber bei der zweiten Sitzung der Interparlamentarischen Temelin-Kommission sprechen wolle (siehe Seite 5) und außerdem: 2. Es werde alles erfüllt. Und 3. Einer Streitbeilegung vor dem Internationalen Gerichtshof werde man keinesfalls zustimmen (so Außenminister Karel Schwarzenberg am 14. Juni 2007 in Znam).

Die Tschechische Republik muss sich fragen lassen: Schließt die Tschechische Republik Verträge, die gelten? Und wenn man alles erfüllt hat: Wovor fürchtet sich die Tschechische Republik? Warum fürchtet man eine unabhängige Schiedsstelle?

Ist der Ausweg aus dem Konflikt um das AKW Temelin das Schweigen?

Gerne hätte man auch in Österreich, dass man zum AKW Temelin



Schweigen und Akzeptieren, was gegen das Völkerrecht verstößt?

schweigen und sich auch um andere Atomkraftwerke der Welt kümmern solle. Briefeschreiben, belanglose Einwendungen machen: eine nette Idee – nicht neu, und nicht besonders gut. Aber ideal: denn je weniger sich die Anti-Atom-Bewegung auf Temelin konzentriert, umso weniger muss sich die Politik mit dem ewigen Streitfall Temelin auseinandersetzen.

Möglichkeit einer Völkerrechtsklage

Ein Gutachten im Auftrag des Bundeskanzleramtes vom Mai 2007 zeigt klar, dass der Internationale Gerichtshof für eine Klageeinbringung gegen die Tschechische Republik die richtige Adresse ist und dass es auch möglich ist, sogar ohne vorherige Zustimmung Tschechiens, die Klage einzubringen. Der internationale Druck nach einem solchen Schritt wäre gewiss geeignet von Tschechien die längst überfälligen Sicherheitsnachrüstungen im AKW Temelin einzufordern.

Was sollte an einem solchen Schritt obszön sein? Kein Ausweg aus der Krise sind jedenfalls die Zurufe aus

den hinteren Reihen, die lauten: Bitte schweigen Sie! Kümmern Sie sich doch um andere Atomkraftwerke!

Es ist einigermaßen paradox und soll an der Stelle nochmals wiederholt werden:

Schweigen und Akzeptieren, was gegen das Völkerrecht verstößt? Eine bizarre und nicht zeitgemäße Vorstellung.

Es ist unbestritten: Es gibt einen österreichisch-tschechischen Konflikt – wegen eines Atomkraftwerks und wegen eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrags, der im November 2001 festschrieb, a.) alle mit der Republik Österreich gemeinsam identifizierten offenen Sicherheitsmängeln im AKW Temelin zu beseitigen und zwar b.) vor der Aufnahme des kommerziellen Betriebs.

An beide Punkte hat sich die Tschechische Republik nicht gehalten.

Warum Schweigen, wo das klare Wort gefordert ist? Warum Akzeptieren, was gegen das Völkerrecht verstößt?

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht,
an die Regierung der Tschechischen Republik als Vertragspartnerin des Melker
Protokolls heranzutreten und einzufordern, dass mit der erfolgten Kollaudierung
umgehend der Nachweis der Umsetzung aller offenen Sicherheitsmaßnahmen
betreffend das AKW Temelin wie im Anhang I (BGBl. 2001/266) festgelegt erbracht wird,

umgehend alle verfügbaren internationalen Rechtsschritte, insbesondere
eine Völkerrechtsklage gegen die Tschechische Republik wegen Bruchs des zwischen der
Tschechischen Republik und der Republik Österreich geschlossenen internationalen
und völkerrechtlich verbindlichen Vertrages (Melker Protokoll - Brüsseler Fassung)
einzuleiten, sollte dieser Nachweis durch die Tschechische Republik nicht umgehend
erbracht werden können.

Zuweisungsvorschlag: Umweltausschuss

Dieser Entschließungsantrag wurde am 14. Dezember 2006 vom Nationalrat einstimmig angenommen



Ja, ich will, dass völkerrechtliche Schritte gegen die Tschechische Republik eingeleitet werden.

(Schicken Sie diese Seite unterschrieben an unser Büro -
zur Weiterleitung an die österreichische Bundesregierung)

Ihre Unterschrift

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!
Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger, Layout und grafische Umsetzung: Jakob Reimer,
Redaktion: Landstraße 31/II/223, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275 | Fax: (0732) 785602
Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, eMail: post@atomstopp.at
Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377
Druck: Plöchl Druck GmH, 4240 Freistadt Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

